

Sozialistische Linke

– realistisch und radikal!

(Kurzfassung. Informationen und Unterstützungsmöglichkeit: www.sozialistische-linke.de)

I Für eine Neugründung der Linken

Wir stehen für eine Linke, die die Tradition der sozialistischen ArbeiterInnen-Bewegung in sich aufhebt und einen neuen Anlauf unternimmt, die Vorherrschaft des Kapitals zu überwinden. Die Linke muss zugleich realistisch und radikal, an die Wurzel gehend, sein. Sie muss die fortschrittlichen Kräfte aus Arbeit, Wissenschaft, Kultur und Politik zusammenführen und gesellschaftliche Bündnisse schmieden. Sie muss Perspektiven für ein besseres Leben entwickeln und die Menschen gewinnen, sich gemeinsam dafür einzusetzen. Sie muss für die Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen wie auch des Bewusstseins der Menschen kämpfen. Nur so können wir das Wünschbare möglich machen und das Mögliche durchsetzen.

Wir melden uns als eine breite Strömung zu Wort, die an links-sozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen anknüpft. Wichtige Grundlagen unserer Strömung bilden marxistische Gesellschaftsanalyse und Strategiediskussion sowie links-keynesianische Positionen alternativer Wirtschaftspolitik. Im Mittelpunkt unserer strategischen Überlegungen stehen die Interessen der abhängig Beschäftigten und der sozial Ausgegrenzten und Benachteiligten. Fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen können nach unserer Überzeugung heute nur in einem Wechselspiel politisch-parlamentarischer Kräfte und außerparlamentarischer sozialer Bewegungen durchgesetzt werden. Am wichtigsten sind dabei die Gewerkschaften.

II Der Kapitalismus im 21. Jahrhundert

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Welt voller Instabilitäten und Widersprüche. Die Menschen sind verunsichert, Angst wird zu einem vorherrschenden Lebensgefühl. Die Gesellschaft zerfällt immer deutlicher in Arm und Reich. Der Wohlfahrtsstaat wird ersetzt durch eine immer umfassendere behördliche Kontrolle, Disziplinierung und Stigmatisierung der Bedürftigen. Immer mehr Menschen werden von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden immer stärker untergraben. Die ökologischen und sozialen Probleme spitzen sich zu. Der vom Menschen global ausgelöste Klimawandel schreitet voran.

Der Neoliberalismus setzt an den widersprüchlichen Entwicklungen des modernen Kapitalismus an. Er appelliert an die Eigenverantwortlichkeit der Menschen und behauptet die grundsätzliche Überlegenheit markt- und konkurrenzgesteuerter Prozesse gegenüber öffentlicher und kollektiver Regulierung. Der Neoliberalismus wendet sich gegen die Demokratie, der substanzielle Gestaltungsmöglichkeiten entzogen werden. Er bedroht die erreichten sozialen und demokratischen Errungenschaften menschlicher Zivilisation. Der Ausgrenzungsdiskurs des Neoliberalismus bildet auch das Scharnier für rechtsradikale Denk- und Verhaltensmuster, in denen vor allem Menschen mit anderer Hautfarbe oder Einwanderungshintergrund als „Parasiten“ bezeichnet und auch so behandelt werden.

Reale Krisenursachen sind die Dynamik der Kapitalakkumulation und eine falsche, an Interessen von Kapitaleigentümern ausgerichtete, die Nachfrageseite vernachlässigende Politik. Umverteilung von unten nach oben durch Gewinnförderung und Steuersenkungen, Abbau öffentlicher Dienste und sozialer Leistungen sowie verstärkter Druck auf die Lohnabhängigen schwächen die gesellschaftliche Nachfrage und vernichten Arbeitsplätze. Sie vergrößern

zugleich die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte und der Sozialkassen, die wiederum zur Begründung weiterer Ausgabenkürzungen dient.

III Soziale Kämpfe und die neue Linke

Die Mitglieder der neuen linken Partei werden unterschiedliche Traditionen der Linken einbringen. Ehemalige SozialdemokratInnen, SozialistInnen, KommunistInnen, linke Grüne, linke ChristInnen, Mitglieder und Aktive unterschiedlicher sozialer Bewegungen und Gewerkschaften werden die neue Partei bilden. Dazu gehören auch Menschen, die sich nicht als SozialistInnen verstehen.

Es ist klar, dass ein erneuter Anlauf einer sozialistischen Umgestaltung sich nicht am gescheiterten Modell der Sowjetunion und der DDR orientieren kann. Aber auch die Erfahrungen und Erfolge der sozialdemokratischen Wohlfahrts- und Sozialstaatsmodelle können nicht einfach fortgeschrieben, sondern müssen auf eine neue Basis gestellt und mit einer antikapitalistischen Perspektive verbunden werden.

Eine der Hauptaufgaben der neuen linken Partei muss die Wiederherstellung und Neukonstruktion von Solidarität unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts sein. Die neue linke Partei hat dafür zu arbeiten, dass solidarische Werte und Ziele wieder ihre Bedeutung erlangen. Sie hat die Aufgabe, die Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft in eine progressive Richtung zu verändern. Dies bedeutet, in klassenpolitischen Kategorien zu denken, sich gegen das Kapital und seine neoliberalen Ideologen zu positionieren und parteilich mit abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, Prekarisierten, kleinen Selbständigen und ihren Familien zu sein. Dies bedeutet auch, den Kampf gegen den Neoliberalismus um die Vorherrschaft im Denken und Fühlen der Menschen, den Kampf um inhaltliche und kulturelle Hegemonie, aufzunehmen. Wir setzen dem neoliberalen Menschenbild eines konkurrenzbetonten Menschen die Vorstellung einer sozialen und solidarischen Gesellschaft entgegen, in der die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung der freien Entwicklung aller ist.

Ohne eine offensiv geführte Auseinandersetzung mit Ideologie und Politik des Neoliberalismus und ohne die Mobilisierung breiter gesellschaftlicher Gegenkräfte wird die Linke nicht aus der Defensive kommen. Die neue Linke muss die fortschrittlichen Traditionen der Sozialdemokratie aufnehmen, aber über sie hinausgehen. Zugleich muss sie mit Sektierertum und Avantgardeansprüchen brechen, die sich im Unkonkreten verlieren, soziale Verbesserungen auf ein historisches Jenseits verschieben und mit ultimativen Forderungen die neue Linke als breites Bündnis gefährden. Die neue Linke muss im Hier und Jetzt beginnen und zugleich darüber hinausweisen und bereit sein, die historisch vorgefundenen Verhältnisse in Frage zu stellen.

Die neue linke Partei muss pluralistisch sein. Der Aufbau der Partei muss auf der Basis der Gleichberechtigung von WASG und Linkspartei.PDS und einer weitgehenden Parität zwischen Ost und West erfolgen. Die neue linke Partei muss für Geschlechtergerechtigkeit stehen und dies mit klaren Satzungs- und Verfahrensrechten der Frauen innerhalb der Partei regeln und praktizieren.

Die neue Linke muss für einen effektiven und konstruktiven Dialog mit Gewerkschaften, alten und neuen sozialen Bewegungen und außerparlamentarischer Opposition, mit linker Kultur und kritischer Wissenschaft stehen. Notwendig sind zudem mit der Partei verbundene demokratisch organisierte Strukturen für die eigenständige Aktivität von linken Jugendlichen und Frauen. Eine neue Linke muss für qualifizierte, handlungsorientierte und kontinuierliche innerparteiliche Bildungsarbeit sorgen.

IV Antikapitalismus und Reformalternativen

Eine neue Linke will den Anspruch aller Menschen auf ein freies, selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand durchsetzen. Im Mittelpunkt steht dabei nach wie vor für Männer und Frauen die Erwerbstätigkeit als Bedingung und Grundlage für vielfältige andere Tätigkeiten. Gerade weil Lohnarbeit und auch die selbständige Arbeit im Kapitalismus von

Ausbeutung und Entfremdung sowie patriarchalischen Verhältnissen geprägt sind, sind soziale Gestaltung und individuelle Spielräume auch innerhalb der Erwerbsarbeit zentral.

Alternative Wirtschaftspolitik muss die inländische Nachfrage stärken und für ein sozial und ökologisch gesteuertes, qualitatives Wachstum sorgen. Die Sozialistische Linke fordert deshalb ein groß angelegtes öffentliches Zukunfts- und Investitionsprogramm in Bildung, soziale, ökologische und Verkehrsinfrastruktur. Die öffentliche und öffentlich finanzierte Beschäftigung in diesen Bereichen ist massiv auszuweiten. Wir leisten Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge in staatlicher Hand und im Non-Profit-Sektor. Die öffentliche Finanzkrise wollen wir durch höhere Einnahmen bei stärkerem Wachstum und einer gerechten Steuerpolitik bewältigen.

Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe. Die Arbeitszeiten müssen gemäß den Bedürfnissen der Menschen bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden. Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen – das wollen wir als neue Vollbeschäftigung.

Freiheit, Selbstbestimmung und demokratische Mitgestaltung erfordern soziale Sicherheit. Allen Mitgliedern der Gesellschaft müssen Wohnung und Lebensmittel, Bildung, medizinische Leistungen und Pflege, Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten, kulturelle Angebote und Mobilität zur Verfügung stehen. Wessen Einkommen oder Vermögen bei Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und im Alter dazu nicht ausreicht, muss eine bedarfsgerechte soziale Grundsicherung erhalten. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle lehnen wir ab. Sie verkennt die zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit, lenkt von der Aufgabe des Abbaus der Arbeitslosigkeit ab und öffnet die Türen für neoliberale Bürgergeld- und Kombilohnkonzepte. Sie entspricht nicht den Gerechtigkeitsvorstellungen der meisten Menschen. Mit den Befürwortern verbindet uns allerdings die Kritik an mit Sperrzeiten und Sanktionen erzwungener Arbeit um jeden Preis.

Die Finanzierung des Sozialstaats wollen wir sicher und gerechter gestalten, indem alle Bevölkerungsgruppen und alle Einkommen in eine solidarische und paritätisch finanzierte Bürgerversicherung einbezogen werden.

Die Linken wollen demokratische Kontrolle und Mitbestimmung in der Wirtschaft, in den Massenmedien, in Bildung und Wissenschaften und anderen Gesellschaftsbereichen ausbauen. Die demokratischen Freiheitsrechte müssen umfassend gewährleistet und Formen direkter Demokratie ausgeweitet werden. Wie in vielen anderen Ländern muss das Recht auf politischen Streik und Generalstreik ausgeübt werden können.

Schulen und Hochschulen sind öffentlich und demokratisch zu organisieren und gebührenfrei zu finanzieren. Ein einheitliches Ganztagschulsystem und vorschulische Erziehung für alle sind notwendig. Für ein flächendeckendes und auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot ist eine Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung notwendig. Die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten und die Möglichkeit zur lebenslangen und berufsbegleitenden Qualifizierung muss finanziell wie zeitlich für alle möglich gemacht werden.

Die Linke kämpft gegen die Unterdrückung von Frauen, für gleiche Rechte und Chancen im Erwerbsleben und die Schaffung umfassender Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen. Die Linke zielt darauf ab, jede Diskriminierung von Menschen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu überwinden. Sie muss Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen als Grundlagen rechtsextremer Ideologien bekämpfen.

Unser Ziel ist eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die Entwicklungsperspektiven für die ärmeren Länder, soziale und ökologische Gestaltung und demokratische Kontrolle ermöglicht, statt die Konkurrenz um Anteile an weltweiten Exportmärkten voran zu treiben. Direktinvestitionen und transnationale Konzerne müssen strengen Regeln und Kontrollen und sozialen und ökologischen Standards unterworfen werden. Internationale Institutionen müssen demokratisiert werden.

Die Linke kämpft gegen imperialistische Kriege und Dominanz. Insbesondere lehnen wir die Militarisierung der deutschen Außenpolitik durch weltweite Militäreinsätze der Bundeswehr ab,

ebenso wie den Aufbau einer weltweit operierenden europäischen Streitmacht. Wir engagieren uns im Rahmen der Friedensbewegung, die sich Abrüstung und Völkerverständigung zum Ziel setzt.

Die EU muss demokratisch, sozial und zivil werden. Hoher Beschäftigungsstand und soziale Rechte müssen Vorrang vor Liberalisierung haben. Statt ruinöser Standortkonkurrenz, Sozial-, Steuer- und Lohndumping fordern wir eine europäisch koordinierte Politik für qualitatives Wachstum und Beschäftigung, soziale und ökologische Nachhaltigkeit und den Erhalt und Ausbau öffentlicher Güter.

Wir müssen den Verbrauch von Rohstoffen und Energie und den Ausstoß von Schadstoffen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten drastisch vermindern. Die Wirtschaft der Zukunft muss auf der Nutzung der Sonne und anderer erneuerbarer Energien und Rohstoffe beruhen. Die Ordnung der Weltwirtschaft und insbesondere der Finanzmärkte muss grundlegend reformiert werden.

Wir wollen den Kapitalismus, die Dominanz kapitalistischer Produktion und Interessen für die gesellschaftliche Entwicklung überwinden. Moderner Antikapitalismus und demokratischer Sozialismus verbinden Erkenntnisse auf der Basis von Marx und von Keynes, statt sie gegeneinander zu stellen.

V Eine gewerkschaftlich orientierte, sozialistische Strömung bilden!

Wir halten die Bildung einer sozialistischen linken Strömung für notwendig, die realistisch, kritisch, radikal und klassenorientiert zugleich ist, also von den Interessen der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung ausgeht. Keine andere bisher hervorgetretene Strömung in der neuen Linken wird diesem Anspruch gerecht.

Anders als links-utopistische Strömungen betonen wir, dass es nicht ausreicht, Veränderungen nur zu wollen und seine Wünsche möglichst laut herauszuposaunen. Vielmehr müssen wir schon heute an fortschrittlichen gesellschaftlichen und politischen Strukturen ansetzen und sie den Bedürfnissen des Menschen entsprechend weiter entwickeln und verändern.

Wir grenzen uns aber auch ab gegenüber Ansätzen in der neuen Linken, die sich in den Verhältnissen einrichten und lediglich in diesem Rahmen die Probleme lindern wollen. Unzumutbare Zustände aufzuheben, muss Ziel linker Politik bleiben. Es ist unsere Aufgabe, an der Aufklärung und Kommunikation über gesellschaftliche Zusammenhänge mitzuwirken, so dass die Menschen selbstbewusst und emanzipiert eine solidarische Gesellschaft anstreben können. Erst eine gleichzeitige Veränderung der Zustände und des Denkens ermöglicht die Überwindung der bereits Brüche aufweisenden neoliberalen Hegemonie.

Reformen und der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft sind kein Gegensatz. Denn ökonomisch-soziale Regulierungen, kollektiv-sozialstaatliche Strukturen sowie die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie können Ausgangspunkt für weitergehende Veränderungen dieser Gesellschaft sein.

Linke Politik muss sich auf soziale Bewegung und die Mobilisierung außerparlamentarischen Drucks stützen können, um nicht der strukturellen Macht von Kapitalinteressen zu unterliegen. Ob Regierungsbeteiligung oder Opposition richtig ist, ist nicht pauschal, sondern von Fall zu Fall auf Basis der Einschätzung der konkreten Kräfteverhältnisse und von Diskussionen mit den betroffenen Menschen zu entscheiden. Es ist zu begründen, dass sich die Lebenslage gerade der sozial Benachteiligten durch die jeweilige Politik besser entwickelt und ein größerer Beitrag zu einem grundlegenden Politikwechsel nach links erbracht wird, als es mit dem alternativen Verhalten der Fall wäre. Die Menschen müssen ermutigt werden, selbst für ihre Interessen in Aktion zu treten.

Wir laden alle Mitglieder in WASG und Linkspartei.PDS sowie AktivistInnen in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften dazu ein, die Sozialistische Linke zu unterstützen.

Informationen und Unterstützungsmöglichkeit: www.sozialistische-linke.de